

Stuttgarter Bündnis für Versammlungsfreiheit



Markus Spreitzer, Bahnhofstr. 5, 71638 Ludwigsburg

Ludwigsburg, den 13.05.2011

Erklärung des Stuttgarter Bündnisses für Versammlungsfreiheit zu den Ereignissen am 1. Mai in Heilbronn

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Stuttgarter Bündnis für Versammlungsfreiheit bittet um freundliche Beachtung der Erklärung vom 13.05.2011:

Für den 01. Mai 2011 in Heilbronn hatten neonazistische und faschistische Gruppierungen aus dem süddeutschen Raum zu einer Demonstration unter dem Motto „Fremdarbeiterinvasion stoppen“ aufgerufen. Hiergegen wurde von zwei Bündnissen zu Protesten aufgerufen, einmal „Heilbronn stellt sich quer“ sowie „Heilbronn sagt Nein“.

Während das Bündnis „Heilbronn stellt sich quer“ zu friedlichen Blockaden aufrief, wurde seitens des Bündnisses „Heilbronn sagt Nein“ zu einer Demonstration mit anschließendem internationalen Fest mobilisiert.

Heilbronner Polizei mischt sich in die politische Diskussion über demokratische Widerstandsformen ein

Mit der Behauptung Blockaden gegen einen genehmigten Aufmarsch seien illegal wurde versucht das Bündnis „Heilbronn-stellt-sich-quer“ bereits im Vorfeld zu isolieren und zu kriminalisieren. Diese Vorgehensweise der Polizei ist geeignet die antifaschistische, demokratische Kultur des Widerstands gegen Naziaufmärsche, die Zivilcourage und das sich „dagegen stellen“ als Gewalt zu diffamieren. Das Vorgehen der Polizei gegenüber den Demonstranten in der Bahnhofsvorstadt bzw. an der Aufmarschrouten der Neonazis entsprach der im Vorfeld mittels einer „Medienkampagne“ in Umlauf gebrachten Haltung. Wir kritisieren, dass die Polizei im Vorfeld den demokratischen Protest gegen Neonazis in Form von friedlichen Blockaden als illegal darstellt, und damit den protestierenden friedlichen Antifaschistinnen die Legitimität ihres Handelns abspricht.

Größter Polizeieinsatz der letzten Jahre in Heilbronn!

Bereits in der Nacht zum 1. Mai glich Heilbronn einer belagerten Stadt: Personenkontrollen, mehrere Kilometer Absperrgitter, Polizeiketten, Polizeisperren. Im Einsatz waren etwa 3000 Polizisten inkl. Beweissicherungs- und Festnahme Einheiten (BFE), Hunde- und Pferdestaffeln, zwei Polizeihubschrauber sowie mehrere Polizeiboote. Wasserwerfer und Räumpanzer standen bereit. Offen bleibt darüber hinaus die Rechtsgrundlage der sich ebenfalls im Einsatz befindlichen 900 Beamten der Bundespolizei.

Telefon: 0171-1911129 Mail: markus.spreitzer@versammlungsrecht.info

WWW.VERSAMMLUNGSRECHT.INFO

Stuttgarter Bündnis für Versammlungsfreiheit

AntifaschistInnen festgesetzt und eingekesselt

Während insgesamt fast annähernd 4000 Polizisten den Naziaufmarsch ermöglichten, verfügte das Heilbronner Ordnungsamt eine versammlungsfreie Zone im mittelbaren und unmittelbaren Umfeld des Bahnhofes. Wir kritisieren das Verhalten und Vorgehen der Polizei in der Bahnhofsvorstadt als provozierend, nicht friedlich und grenzüberschreitend. So wurden,

- bereits morgens um 08:00 Uhr ca. 200 Menschen die in Richtung Hauptbahnhof demonstrierten, festgenommen. Ebenfalls am Morgen wurde eine Blockade auf der Route der Nazis von der Polizei geräumt und in Gewahrsam genommen.
- die mit der Bahn angereisten Gegendemonstranten sahen sich ca. 1000 Polizisten gegenüber. Ab 10:15 Uhr wurde der größte Teil dieser Demonstranten eingekesselt und ab 16:13 Uhr in „Freiluftgewahrsam“ genommen. Wobei die Polizei sich weigerte der Bundestagsabgeordneten Karin Binder (Die LINKE) den richterlichen Beschluss vorzulegen. Bis zum heutigen Tage wurde diese richterliche Verfügung keinem der in „Freiluftgewahrsam“ Genommen vorgelegt.
- eine angemeldete antifaschistische 1. Mai Demonstration dadurch unmöglich gemacht, dass die TeilnehmerInnen sich zum Großteil in Gewahrsam oder im Polizeikessel vor dem Bahnhof befanden. Verhandlungen des Anmelders dieser Demonstration und der Karlsruher Bundestagsabgeordneten Karin Binder (Die LINKE) mit der Einsatzleitung über einen ungehinderten Zugang zur Demo verliefen ohne Ergebnis: Wer aus dem Kessel heraus wollte, musste sich durchsuchen lassen. Der Generalverdacht gegen jeden der Eingekesselten blieb aufrecht erhalten. Erst im Laufe des Abends, nach Abreise der Nazis, wurden die festgenommen AntifaschistInnen freigelassen. Dabei wurde jeder/jede Einzelne durchsucht, die Daten erfasst und abgefilmt.

Während der Polizeieinsatz dazu führte, dass die Bahnhofsvorstadt zur „*Protest- und demokratiefreien Zone*“ wurde, konnten die neonazistischen und faschistischen Gruppierungen ihre menschenverachtende, volksverhetzende Propaganda – inklusive Zeigen des „*Hitlergrußes*“, sowie die Bedrohung von Journalisten und Attacken auf diese ungestört durchführen.

„Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“, so Markus Spreitzer, der Sprecher des Stuttgarter Bündnisses für Versammlungsfreiheit, *„deshalb ist ein fortschrittliches Versammlungsrecht, das alle demokratischen und friedlichen Formen des Protestes incl. friedlicher Blockaden zulässt, dringend erforderlich.“*

An anderer Stelle führt Spreitzer aus, *„dass Artikel 139 GG in Bezug auf neonazistische und faschistische Aufmärsche anzuwenden ist“*, und kritisiert die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte sowie die Auffassung der Polizei als *„geschichtslos.“*

Das Stuttgarter Bündnis für Versammlungsfreiheit fordert die Einstellung sämtlicher Verfahren gegen die antifaschistischen Gegendemonstranten am 1. Mai.

Telefon: 0171-1911129 Mail: markus.spreitzer@versammlungsrecht.info

WWW.VERSAMMLUNGSRECHT.INFO

Stuttgarter Bündnis für Versammlungsfreiheit

Vorsorglich empfiehlt das Bündnis, sich bei Bußgeldbescheiden, Vorladungen oder ähnlichem an die örtlichen Rechtshilfevereinigungen und -gruppen zu wenden.

Mit freundlichen Grüßen,

Markus Spreitzer,
Bündnissprecher

Telefon: 0171-1911129 Mail: markus.spreitzer@versammlungsrecht.info

WWW.VERSAMMLUNGSRECHT.INFO